

Coronavirus: Ein zweischneidiges Schwert für China

Die Art, wie China auf die Coronavirus-Pandemie reagiert hat und sich um Deutungshoheit bemüht, dürfte weitreichende geopolitische Auswirkungen haben. Die Versäumnisse der Regierung bei der Reaktion auf den Ausbruch des Virus haben Chinas Ansehen stark geschadet. Dennoch scheint die chinesische Führung davon überzeugt zu sein, dass ihr Land gestärkt aus der Krise hervorgehen wird.

Von Brian G. Carlson

Die aus dem Coronavirus-Ausbruch im chinesischen Wuhan hervorgegangene Pandemie könnte zu einem Wendepunkt werden. Schon lange vor dem Ausbruch des Virus hatte der Aufstieg Chinas Fahrt aufgenommen und in der internationalen Politik Befürchtungen weitreichender struktureller Veränderungen wachsen lassen. Die Pandemie dürfte Trends, die sich ohnehin abgezeichnet haben, beschleunigen, gleichzeitig aber auch neue Fragen aufwerfen. Chinas Reaktion auf das Coronavirus dürfte – im Bezug auf öffentliche Gesundheit, Innenpolitik, Wirtschaft und Aussenpolitik – erhebliche geopolitische Auswirkungen haben. Auch wenn das Ansehen Chinas einen schweren Schlag hinnehmen musste, könnte die Landesführung die Krise als eine Gelegenheit betrachten, ihre aussenpolitischen Ambitionen weiterzuverfolgen.

In Europa hat das Image Chinas gelitten, da die Regierung versucht hat, die Schuld abzuwälzen und sich stattdessen für ihr Krisenmanagement loben zu lassen. Zudem hat die Pandemie die Spannungen in den Beziehungen zwischen den USA und China erhöht und Fragen nach einer angemessenen europäischen Reaktion aufgeworfen.

Umgang in China

Der Umgang des chinesischen Gesundheitswesens mit dem Coronavirus ist Ge-



Xi Jinping an der Eröffnungssitzung der Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes in Peking am 21. Mai 2020. *Carlos Garcia Rawlins / Reuters*

genstand heftiger Kontroversen. Die chinesische Regierung wird kritisiert, dass ihre anfänglichen Versäumnisse eine frühzeitige Eindämmung des Virus in Wuhan verhindert und damit eine verheerende Pandemie und Verbreitung auf der ganzen Welt ermöglicht haben. Die von der chinesischen Führung propagierte Version hingegen lautet, dass China das Virus erfolgreicher eindämmte als die meisten anderen

Länder, einschliesslich westlicher Demokratien, was letztendlich die Überlegenheit seines autoritären politischen Systems demonstriert. Der Wettstreit um die Deutungshoheit wird wahrscheinlich wichtige Auswirkungen auf die Legitimität der Kommunistischen Partei Chinas im Lande selbst, auf die Beziehungen zwischen China und anderen Grossmächten und auf die zukünftige Weltpolitik haben.

Die öffentlich verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass chinesische Amtsträgerinnen und Amtsträger sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene in ihrer Reaktion auf den Ausbruch des Virus entscheidende Fehler gemacht haben. Dies soll nicht zuletzt auf die mangelnde Transparenz im politischen System Chinas zurückzuführen sein. So informierten die Verantwortlichen in Wuhan weder die Stadtbevölkerung noch die Zentralregierung rechtzeitig über den Ausbruch. Viel eher wurden diejenigen zum Schweigen gebracht, die rechtzeitig Alarm schlugen. Berichten zufolge liess aber auch die Zentralregierung, als sie schliesslich das wahre Ausmass des Ausbruchs erfahren hatte, mehrere Tage vergehen, bevor sie die Öffentlichkeit informierte und Wuhan abriegelte. Epidemiologischen Studien zufolge haben diese Versäumnisse zu deutlich höheren Fall- und Todeszahlen auf der ganzen Welt beigetragen.

Bereits Anfang Dezember zeigten Erkrankte, bei denen später das Coronavirus diagnostiziert wurde, erste Symptome. Am 30. Dezember versuchte Li Wenliang, ein Arzt in Wuhan, in sozialen Medien über eine Atemwegserkrankung zu informieren. Die chinesische Zensur stoppte die Online-Diskussion über den Ausbruch und warf Li und anderen Ärztinnen und Ärzten vor, «Gerüchte» zu verbreiten. Li starb Anfang Februar am Coronavirus. Währenddessen unterdrückte die Lokalregierung in Wuhan Nachrichten über den Ausbruch. Die kommunale Gesundheitsbehörde nannte – trotz einer steigenden Belegung in den Spitälern – unrealistisch niedrige Infektionszahlen. Zudem bestritt sie, dass das Virus von Mensch zu Mensch übertragbar sei, obwohl Li und mehrere andere Mitarbeitende des Gesundheitswesens infiziert worden waren. Im Vorfeld der für die erste Januarhälfte geplanten politischen Kongresse auf Kommunal- und Provinzebene wollten die örtlichen Behörden offenbar keine Unruhe aufkommen lassen. Tatsächlich hält die Art, wie im politischen System Chinas Anreize gesetzt sind, AmtsträgerInnen auf Lokal- und Provinzebene davon ab, schlechte Nachrichten an die Zentralregierung weiterzuleiten.

Auch die Zentralregierung reagierte nur langsam. Zwar informierten chinesische Regierungsmitarbeitende die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 31. Dezember über den Ausbruch. Es wurde allerdings behauptet, das Virus sei nicht von

Mensch zu Mensch übertragbar. Erst als am 13. Januar in Thailand eine Infektion und somit der erste Fall ausserhalb Chinas gemeldet wurde, erkannte die chinesische Führung die Gefahr einer Pandemie und

Der Umgang des chinesischen Gesundheitswesens mit dem Coronavirus ist Gegenstand heftiger Kontroversen.

leitete landesweite Anstrengungen zur Identifizierung von Fällen ein. Die Regierung machte ihre Besorgnis jedoch erst am 20. Januar bekannt, als Präsident Xi Jinping erstmals öffentlich über das Virus sprach und die Regierung anerkannte, dass eine Übertragung von Mensch zu Mensch möglich ist. Diese Verzögerung sollte die Welt teuer zu stehen kommen. Als Wuhan am 23. Januar abriegelt wurde, hatten bereits etwa fünf Millionen Menschen die Stadt verlassen. Dies trug entscheidend zu einer weltweiten Verbreitung des Virus bei.

Die chinesische Führung behauptet ihrerseits, die eingeleiteten Massnahmen hätten das Virus erfolgreich im Inland eingedämmt. Zu diesen Massnahmen gehörten der Lockdown in Wuhan, der später auf die gesamte Provinz Hubei ausgedehnt wurde, und Lockdowns in anderen Teilen des Landes sowie der Einsatz digitaler Technologien (siehe [CSS-Analyse Nr. 264](#)). Laut chinesischen Statistiken konnte China die Zahl der Infektionen auf rund 83 000 und die Zahl der Todesfälle auf rund 4600 begrenzen. Sofern diese Statistiken stimmen, musste China einen weitaus geringeren Preis zahlen als viele westliche Demokratien. Aber zahlreiche internationale Expertinnen und Experten bezweifeln die Richtigkeit dieser Statistiken. In Ermangelung einer internationalen Untersuchung ist es schwierig, die Behauptungen Chinas zu bewerten. Die chinesische Führung widersetzte sich zunächst einer solchen internationalen Untersuchung und erklärte sich schliesslich mit einer einverstanden. Diese Untersuchung soll allerdings erst nach dem Ende der Pandemie stattfinden. Auf spätere Ausbrüche im eigenen Land reagierte China dann rasch.

Innenpolitik und Wirtschaft

Der Ausbruch des Coronavirus hatte für die Kommunistische Partei Chinas das Potenzial einer innenpolitischen Krise, sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus Gründen der öffentlichen Gesundheit. Li Wenliangs Tod löste in der Öffentlichkeit

Empörung aus. Letztlich räumte die Regierung ein, dass der Umgang mit Li unangemessen gewesen sei. Zum Teil lösten die Bemühungen der Partei, die erfolgreiche Bekämpfung des Virus für sich zu reklamieren, eine innenpolitische Gegenreaktion aus. Einige wenige prominente Persönlichkeiten übten öffentliche Kritik an Xi Jinping und der Parteiführung, wofür sie verhaftet wurden. Der Ausbruch des Virus machte einmal mehr die Probleme deutlich in einem starren, hierarchisch aufgebauten politischen System, dem es an Transparenz mangelt und in dem das Aussprechen unangenehmer Wahrheiten unerwünscht ist. Da die Legitimation der Partei unter anderem auf Wirtschaftswachstum basiert, stellte auch der Wirtschaftsabschwung ein Problem dar.

Monate nach dem Ausbruch scheint die Partei wieder Tritt gefasst zu haben. Dies lässt sich durch mehrere Faktoren erklären. Am wichtigsten sind vielleicht die Schwierigkeiten, die das Virus anderen Ländern bereitet. Im Vergleich dazu lassen sich die chinesischen Bürgerinnen und Bürger eher davon überzeugen, dass die Regierung ihr Krisenmanagement zurecht als erfolgreich bezeichnet. Ein weiterer Faktor ist ein Anstieg des chinesischen Nationalismus als Reaktion auf die internationale Kritik an Chinas Umgang mit dem Virusausbruch. Obwohl zweifellos nach wie vor viel Unzufriedenheit im Land besteht, kann die Partei aufgrund ihrer erweiterten digitalen Überwachungsmöglichkeiten den politischen Diskurs noch besser verfolgen und abweichende Meinungen unterdrücken.

Die Frage der wirtschaftlichen Erholung wird für die Partei eine wichtige Bewährungsprobe darstellen. Laut offiziellen Statistiken brach das chinesische BIP im ersten Quartal 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,8 Prozent ein. Dies war offiziell das erste Quartal mit negativem Wirtschaftswachstum seit 1976, dem Jahr von Mao Zedongs Tod. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten verzichtete die Regierung unter Hinweis auf die unvorhersehbare Situation darauf, ein Ziel für das jährliche BIP-Wachstum bekannt zu geben. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert, dass das chinesische BIP-Wachstum in diesem Jahr auf 1,2 Prozent zurückgehen könnte. Dieser Wert liegt deutlich unter dem meist zweistelligen Wachstum der letzten vier Jahrzehnte und auch unter dem Wert von 6,1 Prozent im Jahr 2019. Selbst wenn die chinesische Wirtschaft sich schnell stabilisiert, wird ihr Exportsektor unter der globalen Rezession

und Bemühungen in den USA und anderen Ländern, Lieferketten aus China heraus zu verlagern, leiden.

In einer Zeit, in der die chinesische Regierung ohnehin vor grossen Herausforderungen steht, darunter ein langwieriger Handelskrieg mit den USA und eine anhaltende Protestbewegung in Hongkong, belastet die Pandemie Xi Jinpings Führung zusätzlich. Das Coronavirus könnte zu «Chinas Tschernobyl» werden – eine Katastrophe, die der innenpolitischen Legitimität der Partei und dem internationalen Ansehen schaden würde. Auch wenn das innenpolitische Ansehen der Partei langfristig Schaden nehmen könnte, scheint die Parteiführung zuversichtlich, im Inland das Schlimmste überstanden zu haben.

Pandemie-Diplomatie

Auf der internationalen Bühne ergaben sich für die chinesische Führung aus der Pandemie sowohl Chancen als auch grosse Herausforderungen. Die dringendste Herausforderung bestand darin, auf die internationale Kritik zu reagieren und den Imageschaden für China wiedergutzumachen. Dazu setzte China sowohl auf sanfte wie auch auf harte diplomatische Massnahmen.

Im ersteren Bereich leitete China eine sogenannte «Maskendiplomatie» ein. China schickte Masken, Testkits, Beatmungsgeräte und mehr als 170 Medizinerinnen und Mediziner in Länder auf der ganzen Welt, darunter das hart getroffene Italien. Die chinesischen Staatsmedien machten diese Bemühungen umfassend publik. Ziel war es, die Aufmerksamkeit weg von unangenehmen Fragen, etwa dem Ursprung des Virus und den anfänglichen Versäumnissen Chinas, zu lenken. Diese Hilfeleistung erwies sich jedoch als kontraproduktiv, als sich die medizinischen Hilfsgüter als minderwertig herausstellten.

Die chinesische Diplomatie in Zeiten der Pandemie wies aber auch eine härtere Seite auf. Eine neue, schneidige Generation chinesischer Diplomatinen und Diplomaten, die in Anlehnung an patriotische Filme «Wolfskrieger» genannt wird, reagierte aggressiv auf Kritik. In den letzten Monaten übte China Druck auf andere Länder aus, sich öffentlich für chinesische Spenden medizinischer Ausrüstung zu bedanken; bestrafte Australien wirtschaftlich, weil dieses auf eine Untersuchung der Herkunft des Virus drängte; und kritisierte die gesund-

heitspolitische Reaktion anderer Länder. In einigen Fällen verbreiteten chinesische Amtsträgerinnen und Amtsträger gezielte Desinformationen. So behauptete beispielsweise ein Sprecher des Aussenministeriums, das US-Militär habe das Virus nach Wuhan eingeschleppt, und der chinesische Botschafter in Paris äusserte, Frankreich habe Infizierte zum Sterben in Pflegeheimen zurückgelassen. Diese Aktionen lösten weltweit beträchtliche Gegenreaktionen aus und vereitelten somit grösstenteils Chinas Versuche, das internationale Meinungsbild zu seinen Gunsten zu wenden.

Offensiv an der Peripherie

Die chinesischen Massnahmen in Fragen, die nicht direkt mit der Pandemie in Zusammenhang stehen, haben die internationale Gegenreaktion noch verstärkt. Dazu gehört ein aggressives Auftreten entlang seiner Peripherie in Angelegenheiten rund um Hongkong, Taiwan, das Südchinesische Meer und die Grenze zu Indien.

Während der Pandemie verstärkte China den Druck auf Hongkong. Ende Mai verabschiedete der Nationale Volkskongress ein neues nationales Sicherheitsgesetz, das die Macht der Regierung zur Unterdrückung pro-demokratischer Aktivitäten ausbaut und den halbautonomen Status Hongkongs unter dem Motto «Ein Land, zwei Systeme» vermutlich faktisch beendet. Die chinesische Führung setzte offen-

Die chinesischen Massnahmen in Fragen, die nicht direkt mit der Pandemie in Zusammenhang stehen, haben die internationale Gegenreaktion noch verstärkt.

sichtlich darauf, internationale Proteste aussitzen zu können, zumal viele Länder gerade durch die Pandemie abgelenkt sind.

China verstärkte zudem den diplomatischen und militärischen Druck auf Taiwan, welches als abtrünnige Provinz betrachtet wird. Während Präsidentin Tsai Ing-wen sich auf ihre zweite Amtszeit vorbereitete, reagierte Taiwan erfolgreich auf das Coronavirus, verhinderte einen lokalen Ausbruch und hielt die Zahl der Todesfälle im einstelligen Bereich. Dieses erfolgreiche Krisenmanagement stärkte die Forderungen nach einer Mitgliedschaft Taiwans in der WHO, was China aber wegen der «Ein-China-Politik» ablehnt. Inmitten dieser steigenden Spannungen erhöhte Peking den militärischen Druck gegen Tai-

Unbekannte Ursprünge

Die Ursprünge des neuartigen Coronavirus bleiben noch im Dunkeln. Chinesische RegierungsvertreterInnen vermuten, dass die erste Übertragung auf einen Menschen auf einem Wildtiermarkt in Wuhan stattgefunden hat. WissenschaftlerInnen vertreten die Auffassung, dass das Virus nicht von Menschenhand hergestellt oder manipuliert wurde. US-Präsident Donald Trump und US-Aussenminister Mike Pompeo haben ohne Beweise vorzulegen behauptet, dass ein natürlich vorkommendes Virus aus dem Institut für Virologie Wuhan entwichen sein könnte, einem Labor mit der höchsten biologischen Schutzstufe (BSL-4), wo zu Coronaviren in Fledermäusen geforscht wird. Siehe Michèle Gemünden, «Trust and Transparency: Antidotes against Corona Conspiracies», CSS Corona Blog, 25. Mai 2020.

wan und entsandte sowohl Luft- als auch Seestreitkräfte in die Nähe der taiwanesischen Küste.

Darüber hinaus setzte China die Bemühungen fort, seine Dominanz über das Südchinesische Meer auszubauen. Zu den Vorkommnissen der letzten Monate zählt, dass ein chinesisches Marineschiff ein Feuerleitradar auf ein philippinisches Schiff richtete, ein chinesisches Schiff der Küstenwache ein vietnamesisches Fischerboot versenkte, ein chinesisches Meeresforschungsschiff Forschungen in der ausschliesslichen Wirtschaftszone Malaysias durchführte und China umstrittene Territorien in neue chinesische Verwaltungsbezirke aufnahm. Diese Massnahmen setzen zwar die chinesische Politik der letzten Jahre fort, aber die chinesischen Verantwortlichen könnten die aktuelle Phase, in der die Länder Südostasiens durch die Pandemie abgelenkt sind, als günstig wahrnehmen, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Schliesslich flammte kürzlich der Grenzstreit zwischen China und Indien wieder auf, bei dem es in einer umstrittenen Region im Himalaja zu tödlichen Aufeinandertreffen zwischen Militärs beider Seiten kam. China könnte auch hier die aktuelle Lage, in der Indien um die Eindämmung des Coronavirus kämpft, gewählt haben, um Indien davon abzuhalten, seine Position entlang der Grenze zu festigen und sich insbesondere den USA anzunähern.

In jedem dieser Fälle an der chinesischen Peripherie appellierte die Regierung mit

ihrem offensiven Vorgehen an den chinesischen Nationalismus, eine wichtige Säule der Legitimität der Partei. Gleichzeitig hat dieses Vorgehen die regionalen Spannungen

Das Coronavirus verstärkt die bereits bestehenden Spannungen zwischen China und den USA.

gen verschärft und die Beziehungen Chinas zu westlichen Ländern, insbesondere den USA, weiter verkompliziert.

Geopolitische Auswirkungen

Für China ist die Pandemie ein zweischneidiges Schwert. Sie belastet die chinesische Wirtschaft, das innenpolitische Ansehen der Partei und das weltweite Image des Landes erheblich. Die chinesische Führung spürt den wachsenden internationalen Widerstand. Im April legte ein am chinesisches Ministerium für Staatssicherheit angesiedelter *Think Tank* der chinesischen Führung einen Bericht vor, laut dem das Ausmass der internationalen Feindseligkeit gegenüber China ein seit dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 nicht mehr gesehenes Niveau erreicht hat. Gleichzeitig könnte die chinesische Führung Grund zu der Annahme haben, dass sie aus der Krise mit einer verbesserten relativen Machtposition hervorgehen wird. Diese Überzeugung könnte China noch offensiver auftreten lassen.

Einige Beobachterinnen und Beobachter sehen im Anstieg der Spannungen zwischen den USA und China den Beginn eines neuen Kalten Krieges. Unabhängig davon, ob diese Einschätzung zutrifft oder nicht, wird die kommende Periode wohl

durch einen sich verschärfenden strategischen Wettbewerb in militärischen, technologischen, wirtschaftlichen und ideologischen Fragen gekennzeichnet sein. Die Beziehungen zwischen den USA und China waren schon lange vor der Pandemie zunehmend angespannt, aber das Coronavirus beschleunigte diesen Trend. US-Präsident Donald

Trump, der anfangs Chinas Umgang mit dem Ausbruch lobte, machte China immer stärker für die in den USA zu verzeichnen Infektions- und Todesfälle verantwortlich. Trump stoppte zudem die US-Gelder für die WHO, die er beschuldigte, das chinesische Missmanagement des Ausbruchs zu vertuschen. Auch bei anderen Themen wie Hongkong, Huawei und den Bemühungen, die Abhängigkeit von chinesischen Lieferketten, insbesondere bei Arzneimitteln und Medizingütern, zu verringern, haben die Spannungen zugenommen. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage von Pew Research ergab, dass zwei Drittel der US-AmerikanerInnen eine schlechte Meinung von China haben.

Die Pandemie belastete zudem die Beziehungen Chinas zu mehreren europäischen Ländern, was zu einer stärkeren Angleichung der Interessen zwischen den USA und Europa führen könnte. Obwohl die transatlantischen Spannungen andauern dürften, insbesondere, solange Trump US-Präsident bleibt, könnte diese Angleichung der Interessen eine stärkere transatlantische Zusammenarbeit als Reaktion auf den Aufstieg Chinas bewirken. So könnten beispielsweise die Bemühungen der USA, das Wachstum Huawei einzudämmen, nun auf dieser Seite des Atlantiks stärkere Unterstützung finden. Angeblich überden-

ken die deutsche und die britische Regierung gegenwärtig ihre frühere Entscheidung, Huawei am Aufbau der 5G-Infrastruktur ihrer Länder mitarbeiten zu lassen.

Xi Jinping scheint entschlossen, das aussenpolitische Selbstbewusstsein, das seine Amtszeit prägt, nach der Pandemie aufrechtzuerhalten. Dennoch hat das ohnehin angekratzte Image Chinas in der Welt weiter gelitten. Chinas begrenzte *Soft Power* könnte sich als erhebliches Hindernis für seine aussenpolitischen Ambitionen erweisen. Um eine internationale Führungsrolle ausüben zu können, muss China letztlich Freunde in der ganzen Welt gewinnen. Die Pandemie hat diese Aufgabe erschwert, was der chinesischen Führung klar zu werden scheint. Sollte der internationale Widerstand gegen Chinas Ambitionen stark genug werden, müssen die chinesischen Führer ihre Ambitionen unter Umständen – zumindest vorübergehend – zurückschrauben. Ein solcher Schritt wäre jedoch schwierig angesichts des wachsenden Nationalismus in China – ein Trend, der sich durch die Pandemie noch verstärkt hat. Für die absehbare Zukunft sollten die politischen EntscheidungsträgerInnen in Europa damit rechnen, dass China sein aussenpolitisches Selbstbewusstsein aufrechterhalten und möglicherweise noch verstärken wird.

Für mehr zum Thema sicherheitspolitische Implikationen der Corona-Krise, siehe [CSS Themenseite](#).

Brian G. Carlson ist Berater am Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

HerausgeberInnen: Fabien Merz, Lisa Watanabe
Lektorat: Benno Zogg
Layout und Grafiken: Miriam Dahinden-Ganzoni

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Weitere Ausgaben und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Virus im System: Russland und die Corona-Krise Nr. 266
Künstliche Intelligenz für die Cybersicherheit Nr. 265
Digitale Technologien im Corona-Krisenmanagement Nr. 264
Der Westbalkan zwischen EU, NATO, Russland und China Nr. 263
Die Schweizer Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat Nr. 262
Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag in der Sackgasse Nr. 261

© 2020 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000423545